

Windenergie + Natur = Möglich!?! Gemeinsam finden wir heraus wie.



28 Juni 2014 in Fellbach, Schwabenlandhalle

Gedächtnisprotokoll von Tadeusz Rzedkowski

Die Veranstaltung war kein Fachkongress über Windkraft und Naturschutz, sondern vielmehr primär dem Thema gewidmet, wie man Konflikte löst und politische Überzeugungsarbeit leistet und Gegner in eine konstruktive Zusammenarbeit einbezieht. Gerade für dieses Ziel waren die Voraussetzungen sehr gut. Schon vor dem eigentlichen Beginn gab es die erste hitzige Debatte – eine Demo mit Transparenten empfing die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor dem Eingang zur Halle und übergab MP Kretschmann ihre Standpunkte.



Nach der **Begrüßung durch Brigitte Dahlbender**, Vorsitzende des BUND BaWü, die auf die Spannungsfelder zwischen Windkraft und Naturbelangen hinwies, folgte der **Eröffnungsvortrag von Winfried Kretschmann**. Einerseits wird der Regierung bei ihren Plänen, Windkraft auszubauen, unterstellt, sie würde sich um Naturschutz keine Gedanken machen - MP Kretschmann unterstrich, dass der Ausbau der Windkraft generell Naturschutz bedeutet. Immerhin machen Windräder Atom- und Kohlekraftwerke überflüssig, die weit schlimmere Eingriffe in die Natur bedeuten. Auch wenn ein Windrad einen Eingriff in die Natur bedeutet,

soll man die Proportionen nicht aus den Augen verlieren. Nach Nutzung des Windrades kann es auch wieder aus der Landschaft entfernt werden und hinterlässt kaum Spuren, im Gegensatz zu Atommüll, der für eine Million Jahre gesichert werden müsste. Für die Erreichung des Ziels, 10% der Energie in BaWü aus Windkraft zu beziehen (derzeit sind es 1%), muss man max. 1% der Landesfläche (konkreter dazu weiter) dafür zur Verfügung stellen. Es ist also möglich, Umweltauflagen und Belange des Vogel- und Fledermausschutzes zu berücksichtigen.

Die Regierung wird von der anderen Seite kritisiert, dass der Ausbau der Windkraft viel zu langsam voranschreitet. Das liegt aber gerade daran, dass Umweltschutz ernst genommen wird. Zunächst musste das Gesetz geändert werden, nun brauchen die Genehmigungsprozesse viel Zeit, weil dabei die Vegetationsperioden und die Vogelwanderungen einbezogen werden müssen. Die Prozesse lassen sich nicht beschleunigen, aber der Anfang ist getan.

Nach der Rede folgte eine Fragerunde. Wichtigste Erkenntnisse stark zusammengefasst:

- die Befürchtung, 1% der Landesfläche würde betonierte, ist unbegründet. Es ging hierbei nicht nur um Flächen, auf denen Windräder stehen können, sondern um alle Flächen drum herum (Zufahrtswege, Abstände zu weiteren Windrädern etc.) und die auch anderweitig genutzt werden – als Wege, Felder, Wiesen oder Wald. Die betonierte Fläche beträgt einen Bruchteil eines ha pro Windrad, ein Prozent des Landes beträgt aber 360 qkm, also 36000 ha.



- Rotmilane sind nicht erst durch Windräder in Gefahr geraten. Vielmehr haben sich die Bestände der Vögel in den letzten Jahren sehr gut erholt, nachdem die Jagd auf sie verboten wurde. Auch werden auf Straßen viel mehr Tiere getötet als Windräder schädigen könnten.
- Der Vorwurf, man baue einseitig nur Windräder aus, ohne sich um Speicher und Netze zu kümmern, stimmt auch nicht. Natürlich erfolgt die Entwicklung parallel, erfordert aber Zeit und bei so tiefgreifendem Umbau der Energiewirtschaft kann nicht erwartet werden, dass alles rund läuft und ohne Korrekturen geplant und durchgezogen werden kann. Als Eine von mehreren Speichermöglichkeiten nannte Winfried Kretschmann PowerToGas (Pilotanlage in Vaihingen vorhanden) und das Gasnetz, das eine Kapazität von 600 TWh hat. Die Potenziale einer Vernetzung von Strom, Gas und Verkehr sind bisher kaum bekannt und sollten der Öffentlichkeit offensiver vermittelt werden.

Als Nächster sprach **André Baumann**, Vorsitzender des NABU BaWü. Er ging detailliert auf die Problematik des Vogel- und Fledermausschutzes ein. Durch Einhaltung der vorgeschriebenen Entfernungen vom Milanhorst (1000 m) lassen sich die Risiken von Unfällen um 80% reduzieren. Dr. Baumann nannte die Landwirtschaft als größere Bedrohung für den Rotmilan als Windräder.

Jörg Dürr-Pucher (WPD), hält den Bau von ca. 600 neuen Anlagen bis Ende 2016 für realistisch. In BaWü sind insgesamt max. ca. 3% der Fläche für Windkraft geeignet. Beste mögliche Standorte befinden sich vor allem im Hochschwarzwald.

Widerstand gegen Windräder lässt sich vereinfacht mit den NIMBY-Prinzip beschreiben (Not In My Backyard!): Kohleabbau zerstört ganze Landstriche, Atomkraft macht ganze Länder unbewohnbar und hinterlässt strahlenden Müll für Generationen, aber die Windräder stehen hier und jetzt in Sichtweite.

Diskussionsrunde



Unter Leitung des **Moderators Christian Maier** folgte nach einigen Teambildungsspielen eine Diskussionsrunde in zufällig zusammengestellten Gruppen. Die Diskussionen in unterschiedlicher Zusammensetzung wurden in der Mittagspause intensiv fortgesetzt. Nach der Pause folgten weitere Kurzvorträge.

Alexander Zink, RP Karlsruhe stellte drei Thesen auf, wie man Naturschutz und Windkraft effektiv miteinander verknüpft.

1. Naturschutz darf nicht mehr passiv, sondern viel mehr aktiv praktiziert werden:

Es sind konkrete Maßnahmen (und nicht nur deren Unterlassung) erforderlich, um global die Natur zu schützen. Die Alternative dazu wäre Fukushima.

2. Negative Folgen von Windkraft sind sofort und lokal sichtbar. Die globalen Vorteile – Klimaschutz, Rückbau traditioneller Energieerzeugung – nicht. Deswegen sind die Widerstände so heftig. Die gestörte lokale Balance muss lokal wiederhergestellt werden.
3. Man muss die Betroffenen respektieren und von Anfang an unter Einsatz der MediatorInnen in Planungen einbeziehen. Gewinne aus der Anlage sollten in einer oder anderen Form auch denen zugute kommen, die die Auswirkungen zu tragen haben.

Thorsten Schwarz, REGE BW erzählte von der Entstehung des Dachverbandes der Energiegenossenschaften, von den Anfängen, als einzelne Bürgerinnen und Bürger nicht auf eine von oben konzertierte Energiewende warten wollten und die Sache in die eigenen Hände nahmen, bis zur ersten Energielieferung an Kundschaft, die gerade vor 2 Tagen begann. Der Sinn des Dachverbandes ist es, nötiges Fachwissen aus unterschiedlichen Bereichen – Technik, Industrie, Recht, Wirtschaft u.a. – allen Genossenschaften erleichtert zur Verfügung zu stellen.

Eine der Genossenschaften, die in REGE organisiert sind, ist die **EG Starkenburg**, deren **Vorstand Micha Jost** seine „Zutaten“ des Erfolgs präsentierte.